

Von Stefan Zundel

**B**ücher mit Titeln wie „Kontinuität und Wandel“, „Bewahren und Verändern“ oder „Aufbruch und Erneuerung“ habe ich, als ich 20 Jahre jünger war, nicht gelesen. Solche Titel waren für mich unverbindliche Allgemeinplätzchen, also Signale der Langeweile. So ähnlich geht es offensichtlich dem Publikum mit dem Reformprogramm der rot-grünen Koalition. Das dortige Verhältnis von Beständigkeit und Erneuerung kommt nicht so recht an. Der große Aufbruch der Modernisierer zu neuen Ufern, wie er von manchen Zeitungen herbeschrieben wurde, ist es nicht geworden.

Das hat einfache Gründe: Wir haben es nicht mit einem klassischen rot-grünen Reformprojekt zu tun, das um die Kernstücke einer ökologischen Steuerreform und dem Abbruch hochriskanter Technologielinien wie der Atomtechnologie und Gentechnik gruppiert ist. Vielmehr hat die Beschäftigungskrise die politische Auseinandersetzung dominiert. Zweitens hat der Wahlkampf deutlich gezeigt, daß ein traditionelles sozialdemokratisches Thema, die soziale Gerechtigkeit, angesichts der Entwicklung der Einkommens- und Vermögensverhältnisse in den letzten zehn Jahren deutlich an Zugkraft gewonnen hat. Und drittens hat sich das Verhältnis zwischen Modernisierern und Traditionalisten noch nicht einmal in New Labour zu einem konsistenten programmatischen Entwurf zurechtgerüttelt, geschweige denn in der SPD. Auch die Grünen haben da noch innerparteilichen Diskussionsbedarf – auch wenn sie in manchen Fragen – Stichworte: Finanzreform, soziale Sicherungssysteme – vermutlich „moderner“ sind als die SPD. Vor diesem Hintergrund wäre es eine große Überraschung gewesen, wenn die Koalition mit einem großen Wurf aufgewartet hätte.

Offensichtlich muß nun das rot-grüne Bündnis im Laufenden das Gehen lernen. Und das verspricht ungewohnte Turbulenzen. Denn die Sollbruchstellen in dieser Koalition laufen nicht entlang der rot-grünen Frontlinie. Sie laufen quer durch beide Parteien. Das gilt gerade für die dominanten Wirtschaftsthemen. Dabei wären Bündnis 90/ Die Grünen schlecht beraten, wenn man sich dort nur an den offensichtlichen Kalamitäten der SPD weidet. Die Grünen haben ein ähnliches Problem: die Bewahrung der natürlichen Grundlagen des Lebens ist eine grundkonservative Formel. Nehmen die Grünen das politisch ernst, werden sie immer wieder in

Kommentar zur rot-grünen Koalition

## Zu neuen Ufern ?

**„Aufbruch und Erneuerung – Deutschlands Weg in das 21. Jahrhundert“ – unter dieser Überschrift haben sich die Sozialdemokratische Partei Deutschlands und Bündnis 90/ Die Grünen auf eine Koalition geeinigt. Die öffentliche Reaktion war merkwürdig gespalten. Dies mag auch daran liegen, daß die Sollbruchstellen gerade bei den Wirtschaftsthemen quer durch beide Parteien verlaufen.**

politische Konflikte mit den großen Jungs geraten, die staunend vor den neuesten Gimmicks der Industrie stehen. Und dies unabhängig davon, ob es nun innerhalb Bündnis 90/ Die Grünen einen fundamentalistischen Flügel gibt, der für die Medien die Rolle des politischen Rumpelwichtes spielt oder nicht. Anders ausgedrückt: Das Problem von Garzweiler II für Bündnis 90/ Die Grünen verschwindet nicht dadurch, daß es innerhalb der grünen Partei keine Personen mehr gibt, die dieses Problem zur Schicksalsfrage der Partei hochstilisieren.

### ► Nachhaltigkeit als neuer Modernisierungskonflikt

Diese Konflikte um Art und Verlauf von Modernisierung sind jedoch nötig. So wie die Existenz der SPD ein Reflex auf die sozialen Folgen der Modernisierung im 19. Jahrhundert ist, so ist die Existenz von Bündnis 90/ Die Grünen eine Reaktion auf die ökologischen Folgen der Modernisierung im 20. Jahrhundert. Wenn die Moderne nicht das Subjekt ihrer Entwicklung, die Menschen, verschlingen soll, muß stets von neuem das Verhältnis von Tradition und Moderne austariert werden. Das moderne Gewand dieses alten Konfliktes ist der Diskurs der Nachhaltigkeit, der sozialen, der ökologischen und auch der ökonomischen, wenn damit der Ordnungsrahmen der Marktwirtschaft angesprochen ist. So gesehen ist das Nachhaltige an der Nachhaltigen Entwicklung gleichzusetzen mit dem Versuch, die Bedingungen der Möglichkeit von „Entwicklung“ (der Moderne) sicherzustellen.

Neu ist allerdings, daß die Moderne, wenn man sie sich etwas altmodisch als Subjekt vorstellt, kaum noch auf sicherheitsverbürgende Institutionen oder Wertetraditionsbestände zurückgreifen kann, wie sie Habermas vor etlichen Jahren noch mit dem Begriff der Lebenswelt postulierte. Das gilt für die sozialen Sicherungssysteme in Europa, die durch die andauernde Massenarbeitslosigkeit und die demographische Entwicklung schwer gebeutelt werden. Das gilt für die Erosion der Amtskirchen. Das gilt für die Auflösung kleinräumiger dörflicher Strukturen und die zunehmende Verstädterung. Usw. usf. Die Moderne ist gleichsam aufgefordert, sich Institutionen und Werte neu zu erfinden, damit eine weitere Entwicklung der Gesellschaft möglich, die eigene Entwicklung also nachhaltig wird. Ein gutes Beispiel für neue Institutionen ist die erforderliche Ablösung der sozialen Sicherungssysteme vom Faktor Arbeit. Ein gutes Beispiel für die Generierung von Werten ist das Wiederaufleben von religiösen Betätigungen jenseits der Amtskirchen.

Da dürfte es auch kein Zufall sein, daß die „heiße Phase“ der überfälligen Reformierung unserer Gesellschaft vielleicht unter einer rot-grünen Regierung stattfindet. Die rot-grüne Koalition hat auch deshalb eine Gestaltungsmehrheit bekommen, weil die meisten Menschen – wohl nicht zu Unrecht – davon ausgehen, daß die erforderlichen Reformen unserer Gesellschaft unter dieser Regierung nicht als Hauruckaktion durchgezogen werden. Vielleicht ist dieser Wählerwille konservativ. Vielleicht ist es aber auch nur der kluge Wunsch nach moderaten Reformen jenseits einer neoliberalen Revolution. So gesehen, dürfte das Wahlvolk genau das Reformprogramm bekommen haben, das es verdient.

Frei nach Tucholsky: Man ist für die Revolution, deshalb wählt man rot-grün, weil man weiß, mit dieser Koalition kommt sie nie. Aber ein wenig mehr Mut zur Reform – das dürfte schon sein.

### Der Autor

Dr. Stefan Zundel ist Professor für Öffentliche Finanzwirtschaft, Energie und Umwelt an der FH Lausitz und Vorstandsmitglied des IÖW  
**Kontakt:** FH Lausitz, Großenhainer Straße 57, 01968 Senftenberg, Tel. 0 35 73/8 57 33, Fax 035 73/8 57 09, E-mail: zundel@www.fh-lausitz.de

(c) 2010 Authors; licensee IÖW and oekom verlag. This is an article distributed under the terms of the Creative Commons Attribution Non-Commercial No Derivates License (<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/>), which permits unrestricted use, distribution, and reproduction in any medium, provided the original work is properly cited.